

Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 125

Dienstag, 14. Dezember 1993

Der Hochverratsprozeß gegen 77 Kommunisten, unter denen sich auch 44 Lüdenscheider befanden, vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm Anfang März 1936

Ein Beitrag zur Parteiengeschichte in Lüdenscheid (Teil 2) — Von Dr. Walter Hostert

19. Alfred Eichhoff

Der Angeschuldigte ist ledig und wohnte bis zu seiner Festnahme bei seinem Vater, dem Angeschuldigten zu 17. Von 1930 bis August 1933 war er erwerbslos, hatte dann bis November 1933 Aushilfsarbeit und erhielt dann im Februar 1934 wieder feste Beschäftigung bei einer Firma in Lüdenscheid. Er verdiente wöchentlich 25,- RM bis 26,- RM.

Von 1925 bis 1930 war er im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Im Jahre 1929 wurde er Mitglied der KPD. Er gehörte der Zelle Mark in Lüdenscheid und der Schalmeienkapelle an.

Im Oktober 1934 trat er der DAF bei.

Ende 1933 war ihm durch seinen Bruder Walter (45), der inzwischen aber verstorbene Kommunist Bohne aus Hagen zugeführt worden. Bohne bemühte sich im Auftrage der Bezirksleitung der KPD in Düsseldorf um ein Bild, auf dem ein jetziger SA-Sturmführer aus Lüdenscheid noch in seiner Eigenschaft als früheres Mitglied der Schalmeienkapelle der KPD-Ortsgruppe Lüdenscheid dargestellt war. Alfred Eichhoff beschaffte das gewünschte Lichtbild und übergab es dem Bohne. Was die Bezirksleitung damit bezweckte, ob sie insbesondere das Bild zur Veröffentlichung in einer illegalen Druckschrift oder zu sonstigen Machenschaften benutzen wollte, ist dem Angeschuldigten angeblich nicht bekannt.

Im März 1934 wurde er von dem flüchtigen UB.-Funktionär Assbach zum Wiedereintritt in die illegale KPD veranlaßt. Er zahlte von jetzt ab bis einschließlich April 1934 monatlich 50 Pfennig, später 1,- RM als Mitgliedsbeitrag an den Mitangeschuldigten Plate (17). Ende 1933 oder Anfang

1934 erhielt er von Assbach, angeblich unentgeltlich, eine illegale Druckschrift und am 28. April 1935 von Plate zwei weitere Schriften. Die von Assbach erhaltene Druckschrift, eine Dimitroff-Broschüre, gab er Ende 1933 oder Anfang 1934 für 20 Pfennig an den Mitangeschuldigten Textor (39) weiter. Die eine der ihm von Plate übergebenen Schriften behandelte die Verhältnisse in Rußland und war anscheinend eine Nummer der "Inprekorr", die andere war als Reclam-Band getarnt und vermutlich ein Exemplar der Druckschrift "Kommunistisches Manifest". Den von Plate geforderten Gegenwert von 20 Pfennig je Stück hat er

angeblich noch nicht bezahlt. Der Angeschuldigte hatte gleichzeitig die Funktion eines Dreierkassierers. Er forderte nämlich seinen Vater (18) und seinen Bruder Wilhelm (20) zur Beitragszahlung auf, nahm deren Beiträge fortlaufend von März 1934 bis April 1935 entgegen und führte sie zusammen mit seinem eigenen Beitrag an den Zellenkassierer Plate ab.

20. Wilhelm Eichhoff

Der Angeschuldigte ist ebenfalls ein lediger Sohn des Mitangeschuldigten Robert Eichhoff (18) und war bei seiner Festnahme mit einem Wochenverdienst von 25,- RM

beschäftigt. Im Jahre 1931 wurde er Mitglied der KPD. Er gehörte ebenfalls der Zelle Mark in Lüdenscheid sowie der Schalmeienkapelle an. Im August 1933 trat der DAF bei.

Von März 1934 bis April 1935 zahlte er an seinen Bruder als Unterkassierer der illegalen Zelle Mark monatlich 50 Pfennig oder 1,- RM als Mitgliedsbeitrag für die illegale KPD.

21. Schneider

Der Angeschuldigte ist verheiratet, Vater von vier Kindern und seit zehn Jahren bei derselben Firma als Pressenar-

beiter beschäftigt. Wöchentlich verdient er 30,- RM und mehr. Erwerbslos war er noch nie. Auch seine sämtlichen Kinder sind beschäftigt und bestreiten ihren Lebensunterhalt selbst. Anfang 1914 wurde er als Ersatz-Reservist einberufen und war später auch an der Front. Er wurde mit dem E. K. II. Klasse ausgezeichnet; seine Entlassung aus dem Heeresdienst erfolgte als Kriegsinvalide; er bezieht eine monatliche Rente von 50,10 RM. Er befand sich also in verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Von 1920 bis 1932 war er im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert.

Zuname: A s b a c h Vornamen: Karl 121/47
(Rufname unterstreichen)

geb. am: 28. 3. 1907 in Lüdenscheid

Wohnung: Lüd., Goethestr. 8 Familienstand: ~~verh.~~, ledig; ./. unmündige Kinder

Bestraft durch das Gericht in Volksgerechtshof Berlin Aktz.: 9 J. 328/39

Strafmaß: 15 Jahre Zuchthaus Straftat (politische): politisch

Verhaftung durch Gestapo ohne Gericht: ~~JA~~ — Nein!

Schutzhaft vom 24.4.33 bis Febr. 1934 in Gerichtsgef. Lüdenscheid

" " 26.6.39 " Dez. 1939 " Polizei-u. Gerichtsgef. Düsseld

" " Dez. 1939 " 31.1.1940 " Gerichtsgef. Berlin-Moabit

Bemerkungen: 31.1.40 29.6.1943 Münster Zuchthaus

w. Vorbereitung zum Hochverrat.



F. W. BECKER, ARNSBERG 11849

Kurt Asbach. Das Bild im ersten Teil des Aufsatzes war falsch. Zur Schreibung des Namens sei bemerkt, daß sich Asbach mit einem s schrieb. In den Gerichtsakten wird sein Name merkwürdigerweise mit zwei ss geschrieben.

Von 1930 ab gehörte er der KPD, Ortsgruppe Lüdenscheid, Zelle Mark, an, will aber ab Januar 1933 eine weitere politische Betätigung und die Weiterzahlung der Mitgliedsbeiträge abgelehnt haben. Seit Mitte 1934 ist er Mitglied der NSKOV.

Im April 1934 forderte ihn der flüchtige UB.-Funktionär Assbach zur Bereitstellung von Geldmitteln, angeblich für die Frauen politischer Gefangener, auf und erklärte ihm, daß jemand kommen werde, um das Geld abzuholen. Assbach unterrichtete dann den Mitangeschuldigten Plate (17). Dieser, der bei dem Angeschuldigten auch während der sogenannten legalen Zeit kassiert hatte, kam dann erneut ab Mai 1934 bis April 1935 regelmäßig in jedem Monat und holte von Schneider die bereitgestellten Gelder, und zwar 50 Pfennig bis 2,- RM, zuletzt im April 1935 1,- RM, ab. Plate hatte angeblich den Angeschuldigten nicht darüber unterrichtet, daß es sich um Mitgliedsbeiträge für die illegale KPD handelte. Der Angeschuldigte will deshalb trotz der Regelmäßigkeit der Zahlungen der Meinung gewesen sein, daß es sich um Unterstützungsbeträge für die Familien inhaftierter Kommunisten handelte. Diese Einlassung ist ungläubwürdig, für die rechtliche Beurteilung seines Verhaltens aber auch unerheblich.

22. Iderhoff

Der Angeschuldigte ist ledig und wohnt bei seiner Mutter. Von 1929 bis 1933 war er erwerbslos, erhielt dann aber Aushilfsarbeit und im April 1933 festen Verdienst als Hilfsarbeiter in Höhe von wöchentlich 20,- RM bis 22,- RM. Von 1920 bis 1922 war er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, von 1930 ab Mitglied der KPD in Lüdenscheid. Von Frühjahr 1933 ab ruhte zunächst seine Parteiarbeit.

Von April 1934 ab zahlte dann auch der Angeschuldigte auf Veranlassung des Funktionärs Assbach an seinen früheren Zellenkassierer Plate (17) die Beiträge für die illegale KPD weiter, und zwar bis Dezember 1934 regelmäßig als Erwerbsloser 50 Pfennig und als Beschäftigter 1,- RM. Im Dezember 1934 will er aus freier Entschließung eine weitere Betätigung in der illegalen KPD abgelehnt haben.

23. Schmidt

Der Angeschuldigte ist verheiratet und hat acht Kinder im Alter von 12 bis 28 Jahren, von denen sich sieben selbst ernähren. Von 1930 bis April 1933 war er erwerbslos, stand seitdem aber bis zu seiner Festnahme in Arbeit, und zwar zuletzt mit einem Tages-

verdienst von etwa 5,- RM. Von 1922 bis 1923 war er im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert.

Er hat aktiv gedient, am Weltkrieg jedoch wegen Erkrankung nicht teilgenommen. Im November oder Dezember 1918 trat er als Freiwilliger beim Freikorps Hiller in Konitz ein und kehrte im Sommer 1919 bei der Auflösung des Korps nach Lüdenscheid zurück. Im Jahre 1931 wurde er Mitglied der KPD. Er zahlte seine Beiträge nur mit einer von März 1933 bis Frühjahr 1934 dauernden Unterbrechung fortlaufend bis Oktober 1934 an seinen Zellenkassierer Plate, und zwar monatlich 50 Pfennig. Nach seiner Darstellung hat Plate eine Aufklärung über den Verbleib der in der illegalen Zeit gezahlten Beiträge abgelehnt. Der Angeklagte wußte jedoch, daß auch die während dieser Zeit von ihm gezahlten Gelder für die KPD bestimmt waren.

24. Sturm

Der Angeschuldigte ist ledig und stand von 1927 bis zu seiner Festnahme mit einer kurzen Unterbrechung in Arbeit. Zuletzt verdiente er wöchentlich einen Nettolohn von 30,- RM bis 35,- RM.

Er war wiederholt Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und schied zuletzt im Jahre 1931 aus dieser Organisation aus. Im Jahre 1930 trat er der KPD bei. Im Jahre 1933 trat er der Deutschen Arbeitsfront bei.

Von Frühjahr bis Dezember 1934 zahlte er dann an seinen früheren Zellenkassierer Plate, als dieser ihn darum anging, die Mitgliedsbeiträge für die KPD weiter, und zwar monatlich 1,- RM. Im Dezember 1934 will er freiwillig aus der illegalen Parteiarbeit ausgeschieden sein.

D. Zelle Lüdenscheid-Loh

25. Woisyk

Der Angeschuldigte ist verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von etwa 14 und 16 Jahren. Sein Geburtsort liegt in dem an Polen angegliederten ehemals deutschen Gebiet. Nach seiner Schulentlassung ging der Angeschuldigte in die Fremde und arbeitete zunächst auf einer Zeche in Königshütte. Bei Kriegsausbruch meldete er sich freiwillig und machte den Feldzug bis November 1918 an der Ost- und Westfront mit. Nach Beendigung des Krieges meldete er sich zum Grenzschutz in Westpreußen. Er ist mit dem E. K. II. Klasse ausgezeichnet worden. Nach seiner Entlassung kehrte er nach Königshütte zurück, wurde aber im Jahre 1922 von den Polen ausgewiesen, weil er für Deutschland optierte und kam nach Lüdenscheid. Seit 1931 ist er erwerbslos. Zunächst erhielt er eine Unterstützung in Höhe

von monatlich 73,- RM. Die Unterstützung entfiel jedoch, als seine Ehefrau Arbeit erhielt. Diese und die Kinder des Angeschuldigten verdienen im Monat etwa 130,- RM. Im Winter 1924 wurde der Angeschuldigte Mitglied der KPD in Lüdenscheid und erhielt die Funktion eines Zellenkassierers und Lit.-Mannes in der Zelle Loh. Von 1928 bis 1933 war er kommunistischer Stadtverordneter in Lüdenscheid.

Nach der nationalen Erhebung ruhte die Parteiarbeit zunächst. Im Winter 1933/34 kam dann aber ein Funktionär von der BL. in Düsseldorf unter dem Decknamen "Fritz" mit dem Auftrag nach Lüdenscheid, den Unterbezirk Lüdenscheid der illegalen KPD aufzubauen. Der Angeschuldigte will jedoch eine Mitarbeit abgelehnt haben, obwohl sich der Funktionär auf Assbach und die Mitangeschuldigten Stahl (4), Schulze (5) und Kowalski (6) berief. Als dann der BL.-Funktionär "Fritz" im Frühjahr 1934 erneut mit der Bitte um Mitarbeit an den Angeschuldigten herantrat, sagte dieser zu und entschoß sich, die von ihm früher geleitete Zelle Loh wieder aufzubauen. Einige Wochen später erschien dann der flüchtige UB.-Funktionär Assbach mit demselben Auftrag. Auf dessen Veranlassung übernahm dann der Angeschuldigte die Einziehung der Beiträge für Kramer (27) sowie bei Ramm (32) als Kassierer der Zelle Werdohler Straße und bei Dittmann (28) als Kassierer der Zelle Schlachthaus. Kramer war Einzelgänger und zahlte von Sommer 1934 bis März 1935 einen Beitrag von zunächst 50 Pfennig und für die letzten drei Monate 1,- RM an Woisyk. Ramm und Dittmann führten monatlich 2,50 RM bis 3,- RM an den Angeschuldigten als Zwischenkassierer ab, der Angeschuldigte wiederum die gesamten Beiträge der drei Zellen an Raulf (1), den letzten Beitrag in Höhe von 6,50 RM im April 1935. Er selbst zahlte einen Monatsbeitrag von 50 Pfennig, den er von ihm eingezogenen Zellenbeiträgen beifügte.

In seiner Wohnung rechnete Raulf im Februar 1935 die Beiträge des Unterbezirks Lüdenscheid an den BL.-Kassierer "Fritz" ab.

In der Zeit von Oktober 1934 bis zum 28. April 1935 bezog der Angeschuldigte von dem UB.-Lit.-Obmann Caspary etwa vier- bis fünfmal illegale Schriften zur Weitergabe an die von ihm kassierten Einzelmitglieder und Zellenkassierer. Kramer, Dittmann und Ramm erhielten nach ihrer Einlassung zum mindesten drei- bis viermal derartigen Schriften von Woisyk. Unter anderem erhielt Woisyk von Caspary im Oktober 1934 15 Exemplare der "Freiheit", von denen er eines an Kramer (27)

weitergab und die restlichen auf die Zellenkassierer Ramm (32) und Dittmann (28) verteilte. In diesen und in den weiteren Fällen erhielt er die Druckschriften mit jeweils 10 oder 15 Pfennig bezahlt und führte den Gegenwert an den UB.-Kassierer Raulf ab. Die letzten, allerdings unbezahlt gebliebenen Schriften, und zwar verschiedene Exemplare der "Inprekorr", "Freiheit" und des "Kommunistischen Manifestes" wurden ihm von Caspary Ende April 1935 übergeben. Auch diese Schriften gab er an die von ihm kassierten Mitangeschuldigten weiter. Er behielt auch nie eine Druckschrift für sich, da er vor der Weitergabe der Schriften zunächst jede Ausgabe durchlas.

26. Lohmann

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet und war zuletzt als Maschinenaufsteller mit einem Wochenlohn von 30,- RM bis 35,- RM beschäftigt. Von 1921 bis 1933 war er erwerbslos. Im Sommer 1932 trat er der KPD bei und erhielt die Funktion eines Zellenkassierers für die Zellen Schlachthaus und Loh. Zellenbeiträge führte er damals an den Mitangeschuldigten Walter Eichhoff ab. Die letzte fortlaufende Kassierung nahm er im Mai 1933, also auch noch nach der Machtübernahme, vor. In diesem Monat holte bei ihm der Mitangeschuldigte Walter Eichhoff (45) als Zwischenkassierer 5,- RM an Beiträgen ab. Seitdem will er sich jedoch nicht mehr staatsfeindlich betätigt haben. Am 1. Mai 1934 trat er der NSBO bei.

Von dem Mitangeschuldigten Dittmann (28) wird er jedoch noch im weiteren als dem von ihm zugestandenem Umfang belastet. Nach dessen Aussage trat er nämlich an Dittmann heran, um ihn zur Übernahme der Kassierung der Zelle Schlachthaus zu bewegen. Dittmann willigte ein und übernahm die Kassierergeschäfte. Nach dessen Darstellung benannte Lohmann auch die Mitangeschuldigten Massalski (29), Kuhbier (30) und Theis (31) als Zellenmitglieder. Dittmann kassierte darauf bei diesen fortlaufend bis März 1935 und führte die Beiträge zunächst an Lohmann, von Mai oder Juni 1934 ab an den Mitangeschuldigten Woisyk ab. Lohmann bestreitet, sich in diesem Umfang für die KPD betätigt zu haben, wird aber überführt durch die glaubwürdige Einlassung des Mitangeschuldigten Dittmann, die dieser bei seiner Gegenüberstellung mit Lohmann wiederholt und bei seiner richterlichen Vernehmung noch ergänzt hat.

27. Kramer

Der Angeschuldigte ist verheiratet und hat ein Kind im Alter von etwa einem Jahr. Er

stand dauernd in Arbeit und hatte bis zu seiner Festnahme als Schleifer einen Wochenverdienst von etwa 30,- RM. Im Jahre 1918 wurde er zum Heeresdienst eingezogen, kam an die Westfront und geriet im August 1918 in englische Gefangenschaft. Von 1925 bis 1930 war er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, schloß sich dann aber der Freiwirtschaftsbewegung an. Nach der Machtübernahme trat er der DAF bei. Einer politischen Partei will er früher nicht angehört haben.

Mit dem Mitangeschuldigten Woisyk (25), seinem Gartennachbarn, führte er wiederholt Gespräche politischen Inhalts. Er wußte deshalb, daß Woisyk Kommunist und früher Stadtverordneter der KPD in Lüdenscheid war. Im Spätsommer 1934 ging ihn Woisyk darum an, Gelder für die Unterstützung kommunistischer Häftlinge herauszugeben. Dem Angeschuldigten wurde jedoch bald klar, daß es sich um Mitgliedsbeiträge, und zwar zunächst 50 Pfennig, von Februar bis April 1935 1,- RM im Monat handelte. Die Zahlungen erfolgten, wenn der Angeschuldigte und Woisyk sich im Garten oder auf dem Wege dorthin trafen. Bei diesen Gelegenheiten erhielt der Angeschuldigte auch dreimal von Woisyk illegale Druckschriften, u. a. im Oktober 1934 für 10 Pfennig ein Exemplar der "Freiheit".

E. Zelle Lüdenscheid-Schlachthaus

28. Dittmann

Der Angeschuldigte ist verheiratet und hat drei Kinder im Alter von etwa neun bis 13 Jahren. Er ist Maurer von Beruf und stand bei seiner Festnahme mit einem Wochenlohn von 34,- RM in Arbeit. Von 1930 bis Herbst 1932 war er erwerbslos. Seit 1919 war er Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes und seit 1930 auch Mitglied der KPD, in der er zeitweise die Funktion eines Zellenkassierers bekleidete.

Wie bereits bei dem Mitangeschuldigten Lohmann (26) dargestellt ist, trat dieser im März oder April 1934 an den Angeschuldigten mit dem Auftrage heran, die Zelle Schlachthaus zu übernehmen. Dabei nannte er ihm auch die Namen der Zellenmitglieder, nämlich die Mitangeschuldigten Massalski (29), Kuhbier (30) und Theis (31). Von diesen zog er dann fortlaufend bis einschließlich März 1935 die Beiträge ein, und zwar von Massalski 1,- RM monatlich, von Kuhbier und Theis monatlich 50 Pfennig. Im April oder Mai 1934 erschien dann in der Wohnung des Angeschuldigten der Mitangeschuldigte Woisyk (25) und erklärte ihm, daß er die kassierten Mitgliederbeiträge an ihn - Woisyk - abzuführen habe. Seit dieser

Zeit lieferte der Angeschuldigte die Zellenbeiträge nicht mehr an Lohmann, sondern an Woisyk ab, und zwar monatlich etwa 3,- RM einschließlich seines eigenen Mitgliedsbeitrages von monatlich 50 Pfennig.

Im Frühjahr 1934 erhielt er von Woisyk drei oder vier kommunistische Druckschriften mit der Dimitroff-Rede für je 20 Pfennig. Je ein Exemplar gab er gegen Entgelt an die Mitglieder seiner Zelle weiter. Bis Weihnachten 1934 wurde ihm dann von Woisyk noch eine Anzahl von Druckschriften - u. a. für 10 Pfennig ein Exemplar der "Freiheit" - zugestellt, die er dann jeweils ebenfalls gegen Entgelt an die Mitglieder seiner Zelle weitergab.

29. Massalski

Der Angeschuldigte ist seit 1904 selbständiger Friseur mit einem Monatseinkommen von etwa 250,- RM. Für Laden und Wohnung zahlt er jährlich etwa 672,- RM. Er ist verheiratet und hat vier Kinder im Alter von etwa 15 bis 28 Jahren. Nur das jüngste Kind und ein Enkel leben in seinem Haushalt, die anderen Kinder ernähren sich selbst.

Von 1900 bis 1902 diente er aktiv. Den Weltkrieg machte er von 1914 bis 1918 mit, und zwar zunächst als Sanitäter, später in einer Maschinengewehrkompanie. Im Dezember 1917 wurde er schwer verwundet und im Juni 1918 als Kriegsinvalide mit dem E. K. I. und II. Klasse und einer Rente von 59 % aus dem Heeresdienst entlassen. Einer politischen Partei will er früher nicht angehört haben, er stand jedoch der KPD nahe. Im April oder Mai 1934 zahlte er an den Mitangeschuldigten Dittmann (28), als dieser ihn zum Beitritt in die illegale KPD aufforderte, als Mitgliedsbeitrag 1,- RM und von da ab bis März 1935 monatlich denselben Betrag. Dittmann war sein Kunde und nahm die Beiträge mit, wenn er den Angeschuldigten im Geschäft aufsuchte.

Von Dittmann erhielt der Angeschuldigte auch im Jahre 1934, und zwar zuletzt vor Weihnachten, einige Exemplare kommunistischer Druckschriften gegen Zahlung von je 10 Pfennig. Er will die Schriften ungelesen verbrannt und der KPD ohne innere Überzeugung und nur deshalb beigetreten sein, weil seine Kundschaft zu einem wesentlichen Teil aus der KPD nahestehenden Arbeitern bestanden habe. Damit steht jedoch seine Erklärung in Widerspruch, daß er bereits vor der Machtübernahme mit der KPD sympathisiert habe.

30. Kuhbier

Der Angeklagte ist verheiratet und hat ein Pflegekind im Alter von etwa 12 Jahren. Nach seiner Schulentlassung

erlernte er das Bäckerhandwerk und ist seit 1913 mit kurzen Unterbrechungen bei der Konsumanstalt Einigkeit in Lüdenscheid mit einem Wochenverdienst von etwa 45,- RM in fester Stellung beschäftigt. Seit 1908 war er im Deutschen Nahrungsmittel- und Getränkeverband organisiert, mit dem er nach der Machtübernahme in die DAF überführt wurde. Von 1924 bis zur Machtübernahme war er Mitglied der KPD und gleichzeitig kommunistischer Stadtverordneter in Lüdenscheid.

Im April oder Mai 1934 trat er auf Veranlassung des Mitangeschuldigten Dittmann der illegalen KPD bei und zahlte dann bis März 1935 an Dittmann monatlich einen Mitgliedsbeitrag von 50 Pfennig.

Von Dittmann erhielt er auch in der Zeit von Herbst 1934 bis Frühjahr 1935 etwa vier kommunistische Druckschriften, die "Dimitroff-Rede", die "Inprekorr", u. a.; jedes Stück bezahlte er mit 10 Pfennig oder 20 Pfennig.

31. Theis

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet und Maurer von Beruf. Von Herbst 1929 bis Herbst 1933 war er erwerbslos. Im Winter 1933 erhielt er wieder Arbeit und war auch noch bei seiner Festnahme in seinem Beruf mit einem Nettolohn von 34,- RM wöchentlich beschäftigt.

Von 1901 bis 1903 diente er aktiv, wurde 1914 zur Landwehr eingezogen und 1915 infolge schwerer Verwundung als Kriegsinvalide mit einer Rente von monatlich 47,- RM entlassen. Er ist mit dem E. K. II. Klasse ausgezeichnet und zum Gefreiten befördert worden.

Von 1930 ab war er Mitglied der KPD, vorher gehörte er dem Deutschen Bauergewerksbund an. Im September 1933 trat er der DAF bei.

Auch er zahlte ab April oder Mai 1934 auf Veranlassung des Mitangeschuldigten Dittmann (28) an diesen fortlaufend Beiträge für die illegale KPD, und zwar bis Ende Dezember 1934 monatlich 50 Pfennig. Als Dittmann im Februar 1935 den nächsten Beitrag durch ein Kind abholen lassen wollte, schickte der Angeschuldigte dieses mit dem Bemerkten zurück, daß er augenblicklich krank feiere und kein Geld habe. Seit dieser Zeit will er dann keine Beiträge mehr an Dittmann abgeführt haben.

Von Mai bis Ende 1934 erhielt er von Dittmann auch in drei oder vier Fällen gegen Zahlung von 10 Pfennig illegale kommunistische Druckschriften, die ihm Dittmann gelegentlich der Abholung der Mitgliedsbeiträge übergab. Der Angeschuldigte will die Schriften nicht weitergegeben, sondern verbrannt haben.

F. Zelle Lüdenscheid-Werdohler Straße

32. Ramm

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet und Schlosser von Beruf. Als er im Jahre 1929 an einem Lungenleiden erkrankte, verlor er seine Arbeitsstelle und bezog Erwerbslosenunterstützung. Im März 1933 erhielt er wieder Arbeit und verdiente bei seiner Festnahme in seiner Stellung als Präger einen Nettolohn von wöchentlich 40,- RM.

Von 1920 bis 1930 gehörte er dem Deutschen Metallarbeiterverband an und trat dann der KPD bei.

Von dem Mitangeschuldigten Woisyk (25) wurde er im Herbst 1934 als Kassierer der Zelle Werdohler Straße eingesetzt und kassierte bis zu seiner Festnahme von den Mitgliedern seiner Zelle, zu der die Angeschuldigten Runde (33) und Grigat (34) gehörten, monatlich 50 Pfennig bzw. 1,- RM, die letzten Beiträge Ende März oder Anfang April 1935. Dem Beitragsgeld legte er seine eigenen Beiträge in Höhe von 1,- RM monatlich zu und führte den Gesamtbetrag von 2,50 RM monatlich, zuletzt Ende März oder Anfang April 1935, an Woisyk als Zwischenkassierer ab.

Von diesem erhielt er auch im Herbst 1934 mehrere Exemplare der "Freiheit" für 10 Pfennig oder 15 Pfennig je Stück. Einige von diesen gab er gegen Entgelt an seine Zellen-genossen Runde und Grigat weiter. Das Literaturgeld führte er ebenfalls an Woisyk ab. Ab Januar 1935 bis Ende April 1935 erhielt er dann noch in etwa drei weiteren Fällen gegen Bezahlung von Woisyk illegale Schriften, darunter die "Inprekorr" und ein Exemplar des "Kommunistischen Manifestes". Auch von diesen Schriften gab er einzelne Exemplare gegen Bezahlung von 15 Pfennig oder 20 Pfennig an Runde und Grigat weiter. Für die Aprillieferung hat er das Literaturgeld zwar ebenfalls eingenommen, jedoch noch nicht an Woisyk abgeführt.

33. Runde

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet und seit 1930 erwerbslos. Seine Ehefrau hatte noch bis 1932 Arbeit, erkrankte dann aber und verlor ebenfalls ihre Arbeitsstelle. Seitdem lebt seine Familie von der Erwerbslosenunterstützung, die zuletzt wöchentlich 8,60 RM betrug. Die Wohnungsmiete trägt gleichfalls die öffentliche Fürsorge.

Von 1919 bis 1930 war er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Im Herbst 1932 trat er der KPD bei. Er gehörte der Zelle Werdohler Straße an und leistete seine Beiträge an den Mitangeschuldigten Ramm. Er selbst will eine Funktion nicht ausge-

übt haben, verteilte aber vor der Machtübernahme häufig Flugblätter für die Ortsgruppe Lüdenscheid.

Von Herbst 1934 bis März 1935 zahlte er als Mitglied der illegalen KPD auf Veranlassung des Mitangeschuldigten Ramm monatlich an diesen einen Mitgliedsbeitrag von 50 Pfennig.

Im Dezember 1934 und Anfang 1935 kaufte er von Ramm je eine kommunistische Druckschrift, entweder die "Rote Fahne" oder die "Freiheit", für jeweils 10 Pfennig oder 15 Pfennig. Die Schriften will er verbrannt haben.

34. Grigat

Er ist verheiratet und hat ein Kind im Alter von etwa sechs Jahren. Seit 1925 wohnt er in Lüdenscheid, hatte dort auch zunächst Beschäftigung als Bauarbeiter, war dann aber von 1928 bis Februar 1934 erwerbslos. Dann erhielt er wieder Beschäftigung als Bauarbeiter und verdiente zuletzt einen Nettolohn von etwa 28,- RM wöchentlich.

Im Sommer 1932 wurde er Mitglied der KPD und bekleidete in der Zelle Werdohler Straße die Funktion eines Lit.-Obmannes. Außerdem war er Dirigent der kommunistischen Musikkapelle in Lüdenscheid. Von April bis Juni 1933 war er in Schutzhaft. Von Herbst 1934 bis April 1935 zahlte er auf Veranlassung des UB.-Funktionärs Assbach an den Mitangeschuldigten Ramm (32) als Kassierer der illegalen Zelle Werdohler Straße fortlaufend einen Mitgliedsbeitrag von monatlich 1,- RM. Er wußte auch, daß außer Ramm noch der Mitangeschuldigte Runde seiner Zelle angehörte.

Von Ramm kaufte er im Herbst 1934 zweimal für 10 Pfennig oder 15 Pfennig die illegale "Freiheit" und von Januar bis April 1935 in kurzen Abständen drei weitere kommunistische Druckschriften für je 20 Pfennig, die letzten, ein Exemplar der "Inprekorr" und des "Kommunistischen Manifestes" Ende April 1935.

G. Zelle Lüdenscheid-Süd

35. Hymmen

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet, gelernter Werkzeugschlosser und stand bis zu seiner Festnahme mit einem Wochenverdienst von etwa 40,- RM in Arbeit. Nur im Jahre 1925 war er eine Zeitlang erwerbslos. Dennoch will er infolge Mittellosigkeit erbittert gewesen und im Jahre 1932 deshalb der RGO beigetreten sein. Im November 1932 wurde er Mitglied der KPD. In der RGO war er Vertrauensmann.

Im Frühjahr 1934 erklärte er gegenüber dem UB.-Funktionär Assbach seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der illegale-

len KPD und übernahm die Funktion eines Zwischenkassierers zwischen dem UB.-Kassierer Assbach und der von Thomer (36) geleiteten Zelle Lüdenscheid-Süd, sowie der von Textor (39) als Verbindungskassierer betreuten Ortsgruppen Altena-Rahmede und Brügge. Als der Mitangeschuldigte Raulf (1) im Januar 1935 als UB.-Kassierer eingesetzt wurde, übte der Angeschuldigte seine Funktion als Zwischenkassierer weiter aus, und zwar bis zu seiner Festnahme. An Assbach und Raulf führte er im Monat durchschnittlich 10,- RM bis 12,- RM an Beiträgen ab. Von Thomer erhielt er monatlich 2,- RM bis 2,50 RM, von Textor etwa 10,- RM. Mit Raulf rechnete er zuletzt einige Tage nach Ostern 1935 ab. Die Abrechnungssumme betrug etwa 13,- RM. Er selbst will nie Beiträge gezahlt haben, weil er dazu kein Geld hatte. Allerdings will er gegenüber Assbach und Raulf wohl den Anschein erweckt haben, als sei in den monatlichen Abrechnungssummen jeweils sein eigener Mitgliedsbeitrag enthalten.

Von Assbach erhielt er im Laufe des Jahres 1934 gegen Zahlung von jeweils 15 Pfennig oder 20 Pfennig verschiedene Einzel Exemplare kommunistischer Druckschriften, und zwar die "Dimitroff-Rede", die "Rote Fahne", die "Freiheit" und die "Inprekorr". Sämtliche Schriften will er nach dem Durchlesen verbrannt haben. Daß Funktionärssitzungen innerhalb der illegalen KPD abgehalten wurden, ist ihm zwar zu Ohren gekommen, er will an derartigen Sitzungen jedoch nicht teilgenommen haben.

36. Thomer

Der Angeschuldigte ist verheiratet und hat zwei Kinder von etwa zwei bis neun Jahren. Er hat das Friseurhandwerk erlernt, war jedoch schon seit Jahren nicht mehr in seinem Beruf tätig und seit Mai 1930 gänzlich erwerbslos. Er bezieht wöchentlich eine Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 11,05 RM. Die Wohnungsmiete trägt das Wohlfahrtsamt. Von 1917 bis 1921 war er im Heeresdienst.

Mitte 1931 wurde er Mitglied der KPD, schied aber im Juni 1932 wegen Meinungsverschiedenheiten wieder aus.

Auf seinen Wegen zum Wohlfahrtsamt traf er im Frühjahr 1934 häufig den jetzt flüchtigen Assbach. Er unterhielt sich mit ihm über die politische Lage, wobei Assbach erklärte, daß die Nationalsozialisten nicht lange an der Macht blieben. Von April oder Mai 1934 ab zahlte er dann monatlich einen Beitrag von 50 Pfennig für die KPD und übernahm auch auf Veranlassung des Assbach die Funktion des Kassierers der Zelle Lüdenscheid-Süd. Nach der Darstellung des Assbach sollte nur

bei dem Mitangeschuldigten Lück (37) zu kassieren sein. Von diesem holte Thomer dann ab Mai 1934 monatlich 1,- RM ab. Im August 1934 wurde dem Angeschuldigten von Assbach auch der Mitangeschuldigte Textor (39) als Mitglied seiner Zelle benannt und im November auch der flüchtige und in anderer Sache verfolgte Hugo Eicker. Auch diese zahlten monatlich 50 Pfennig als Mitgliedsbeitrag, und zwar bis einschließlich Februar 1935. In dem von Lück bezahlten Beitrag von 1,- RM war auch der Mitgliedsbeitrag der Ehefrau Maria Lück, der Angeschuldigten zu 38., enthalten. Diese übergab dem Mitangeschuldigten Thomer auch das Beitragsgeld, wenn ihr Ehemann nicht anwesend war. Sämtliche Zellenmitglieder waren über die Zweckbestimmung ihrer Zahlungen bereits von Assbach unterrichtet, als Thomer bei ihnen die ersten Beiträge abholte. Thomer führte die Zellenbeiträge in Höhe von 2,- RM bis 2,50 RM an den Zwischenkassierer Hymmen (35) ab.

Assbach bot dem Angeschuldigten im Sommer 1934 eine Anzahl kommunistischer Druckschriften zur Aufbewahrung an. Der Angeschuldigte will die Entgegennahme der Schriften jedoch aus Angst vor Entdeckung abgelehnt haben. Im Januar oder Februar 1935 kaufte er dann aber noch von Assbach verschiedene Exemplare der »Dimitroff-Rede« für je 10 Pfennig je Stück. Der Angeschuldigte gab eine Schrift gegen Entgelt an den Mitangeschuldigten Lück (37) weiter, eine andere an den flüchtigen Hugo Eicker; eine dritte will er verbrannt haben. Auch schon im Jahre 1934 verkaufte er an den Mitangeschuldigten Lück eine illegale Druckschrift, so daß seine Einlassung, er habe die Entgegennahme der ihm von Assbach angebotenen Schriften abgelehnt, nicht glaubhaft ist.

37. Lück

Der Angeschuldigte ist mit der Angeschuldigten zu 38. in kinderloser Ehe verheiratet. Nach seiner Schulentlassung war er zunächst in der Landwirtschaft tätig, meldete sich im Jahre 1914 17jährig als Freiwilliger und nahm an der Ost- und Westfront an Kämpfen teil. Auszeichnungen hat er nicht erhalten. Nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst fand er Beschäftigung im Straßenbau und später als Metallarbeiter in Lüdenscheid. Von 1932 bis Sommer 1933 und auch schon früher einmal war er erwerbslos. Bei seiner Festnahme hatte er Arbeit in einem Steinbruchbetrieb und verdiente wöchentlich einen Nettolohn von etwa 40,- RM. Seine Ehefrau hatte einen Nebenverdienst in Höhe von wöchentlich 6,- RM.

Im Sommer 1931 trat er mit seiner Ehefrau (38) der KPD bei. Der Mitangeschuldigte

Thomer (36) war vor der Machtübernahme sein Zellenkassierer. Funktionen will er nicht bekleidet haben, er war jedoch Verkäufer des Lüdenscheider KPD-Organs, »Kommunistischer Zeitspiegel«. Am 1. April 1933 wurde er in Schutzhaft genommen und bei seiner am 17. Juli 1933 erfolgten Entlassung vor weiterer staatsfeindlicher Betätigung gewarnt.

Im März oder April 1934 trat der flüchtige Assbach an den Angeschuldigten und seine Ehefrau (38) heran, um sie für die Mitgliedschaft in der illegalen KPD zu gewinnen. Der Angeschuldigte erklärte sich zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages von 1,- RM bereit, will aber mit einer illegalen Betätigung seiner Ehefrau nicht einverstanden gewesen sein. Wie von Assbach angekündigt, holte der Mitangeschuldigte Thomer (36) monatlich die Beiträge ab, und zwar von März oder April 1934 bis Februar 1935. Thomer kam in die Wohnung des Angeschuldigten und ließ sich von der Ehefrau des Angeschuldigten den Beitrag geben, wenn der Angeschuldigte selbst nicht zugegen war. Im Februar 1935 will Lück dann den Mitangeschuldigten Thomer um Löschung der Mitgliedschaft gebeten haben, weil ihm eine weitere illegale Betätigung nach Rücksprache mit seiner Ehefrau zu gefährlich erschien. Im Laufe des Jahres 1934 kaufte er von Thomer (36) eine illegale Schrift ein Exemplar der »Dimitroff-Rede«, las sie, gab sie dann seiner Ehefrau zum Lesen, die sie verbrannte.

Der Angeschuldigte ist im Besitz eines Rundfunkgerätes und hörte damit, u.a. im Januar 1935 in Gemeinschaft mit Stahl(4) die Übertragungen des Moskauer Rundfunks ab.

38. Maria Lück

Sie ist die Ehefrau des Angeschuldigten zu 37. und gehörte wie dieser, seit 1931 der KPD an.

Wie bereits erwähnt, wurde auch sie im März 1934 von dem flüchtigen Assbach aufgefordert, einen Beitrag für die illegale KPD zu zahlen, will jedoch eine Betätigung für die KPD abgelehnt haben, aber damit einverstanden gewesen sein, daß ihr Ehemann einen Mitgliedsbeitrag von 1,- RM abführte. Bei der Sachlage dürfte in dieser Summe auch der Mitgliedsbeitrag der Angeschuldigten enthalten gewesen sein. Wie ebenfalls bereits erwähnt, zahlte die Angeschuldigte in der Zeit von März oder April 1934 bis Februar 1935 auch gelegentlich selbst an Thomer (36) den Beitrag, und zwar dann, wenn ihr Ehemann bei der Abholung der Beiträge durch Thomer gerade nicht anwesend war. Sie wußte, daß es sich um Mitgliedsbeiträge für die illegale KPD handelte und will auch

im Jahre 1933 ihren Ehemann zur Vorsicht ermahnt haben, weil strenge polizeiliche Maßnahmen ergriffen worden seien.

Sie las auch die »Dimitroff-Rede«, die ihr Ehemann Ende Dezember 1934 oder Anfang 1935 von Thomer gekauft hatte. Da sie gehört hatte, daß um diese Zeit viele derartige Schriften in Lüdenscheid verteilt worden seien, verbrannte sie die Druckschriften aus Furcht vor Entdeckung.

Aus gelegentlichen Unterhaltungen mit den Angeschuldigten Schwarz (11) und Söhnchen (15) wußte sie, daß auch diese der illegalen KPD angehörten und daß ihre eigene Tätigkeit dem Neuaufbau der Organisation der KPD diene.

H. Ortsgruppe Altena-Rahmede

39. Textor

Der Angeklagte ist verheiratet und Vater eines Kindes im Alter von etwa 4 Jahren. Er ist Kupferschmied von Beruf und war von 1930 bis März 1935 erwerbslos. Während dieser Zeit erhielt er wöchentlich eine Unterstützung von 10,90 RM. Seine Ehefrau hatte gelegentlich Nebenverdienst als Putzfrau. Im März 1935 erhielt er wieder Arbeit als Kupferschmied und verdiente etwa 33,- RM wöchentlich.

Von 1919 bis 1927 gehörte er dem Verband der Kupferschmiede an und trat im Jahre 1930 der KPD bei. Vor der Machtübernahme war er eine zeitlang Kassierer der Zelle Süd.

Im Mai 1933 wurde er für 10 Tage in Schutzhaft genommen, weil bei ihm eine Broschüre der »Liga für Menschenrechte« gefunden wurde. Aus der Schutzhaft wurde er mit Verpflichtungsschein entlassen.

Bereits Mitte 1933 beteiligte er sich aber schon wieder an Sammlungen der KPD. Er will zu einem Paket für Häftlinge beigesteuert haben und zahlte außerdem in gewissen Abständen 2 - 3 RM, wie er gerade Geld zur Verfügung hatte.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 und Anfang 1934 trug er die in den einzelnen Stadtbezirken von Lüdenscheid für die illegale KPD gesammelten Gelder sowie die Einzelbeiträge zusammen, nach seiner Darstellung 20 - 30 RM, und lieferte sie an Assbach ab. Im Sommer und Herbst 1934 will er sich aber nicht für die KPD betätigt haben. Das trifft jedoch nicht zu; denn bereits im Februar 1934 kassierte er als Nachfolger des damaligen Zwischenkassierers Walter Eichhoff (45) bei dem Mitangeschuldigten Mütze (51) als Ortsgruppenkassierer für Vollme und zwar bis September/Oktober 1934. Er hatte in dieser Zeit auch wiederholt Organisationstreffs.

Im Dezember 1934 trat dann Assbach mit dem Auf-

trage an ihn heran, als Zwischenkassierer der Ortsgruppen Altena-Rahmede und Brügge von den Ortsgruppenkassierern Kriszon (41) und Burbach (2) allmonatlich die Ortsgruppen-Beiträge abzuholen und an Assbach abzuliefern. Der Angeschuldigte übernahm diese Funktion; er war kassentechnisch den beiden Ortsgruppen übergeordnet. Kriszon führte für Vollme monatlich 3 - 5 RM, Burbach für Brügge monatlich 10 - 15 RM an Textor ab. Das von Burbach abgelieferte Geld legte Textor bei dem Mitangeschuldigten Hymmen (35) nieder, wo es von Januar 1935 ab durch den UB.-Kassierer Raulf (1) abgeholt wurde. Teilweise kamen die Gelder auch durch Caspary (3) zu Schwarz (11) und von Schwarz zu Textor, falls Raulf sie nicht unmittelbar von Schwarz abholte. Die Beiträge der Ortsgruppe Vollme holte der Angeschuldigte Textor zuletzt im April 1935 ab und leitete sie an Raulf weiter. Mit Brügge will Textor jedoch in den letzten Monaten keine Verbindung gehabt haben, weil Burbach die weitere Mitarbeit ablehnte und weil er mit Burbachs Nachfolger angeblich keine Verbindung erhielt.

Er selbst gehörte der Zelle Lüdenscheid-Süd als Einzelmitglied an und zahlte bis einschließlich April 1935 zeitweise an den Zellenkassierer Thomer (36) und zeitweise unmittelbar an den Zwischenkassierer der Zelle Süd, den Mitangeschuldigten Hymmen (35), monatlich 50 Pfg.

Von Hymmen erhielt er auch Ende 1933 oder Anfang 1934 ein Exemplar der »Dimitroff-Rede« für 20 Pfg. und im Sommer 1934 eine »Rote Fahne«. Auch von Assbach bezog er wiederholt illegale Schriften verschiedenster Art und dann am 28.4.1935 von Caspary (3) etwa 15 - 20 Exemplare der Druckschriften »Inprekorr« und »Kommunistisches Manifest«. Die letzteren gab er am 4. Mai 1935 an den Ortsgruppenkassierer Kriszon (41) zwecks Verteilung an die Mitglieder seiner Zelle weiter. Die Druckschriften sollten 15 und 20 Pfg. je Stück kosten; das Geld sollte Raulf abgeliefert werden. Der Angeschuldigte will jedoch den Gegenwert von Kriszon noch nicht erhalten, die früher bezogenen Druckschriften stets verbrannt haben.

(Textor war Mitglied der Zelle Lüdenscheid-Süd.)

J. Ortsgruppe Brügge

45. Walter Eichhoff

Der Angeschuldigte ist verheiratet und Vater von 5 Kindern im Alter von etwa 1 bis 11 Jahren. Der Angeschuldigte zu (18) ist sein Vater, die Angeschuldigten zu (19) und (20)

sind seine Brüder. Von 1931 ab war er erwerbslos und bezog zuletzt eine Krisenunterstützung in Höhe von 18,40 RM. Die Wohnungsmiete trägt die Stadt Lüdenscheid.

Von 1917 bis 1919 war er zum Heeresdienst eingezogen und mit dem Res.Reg. 109 an der Westfront.

Von 1920 bis 1931 war er im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert, von 1930 ab gehörte er mit einer kurzen Unterbrechung der KPD an.

Im Frühjahr 1933 erhielt er von Assbach den Auftrag, als Zwischenkassierer von dem Mitangeschuldigten Lohmann (26), dem damaligen Kassierer der Zelle Schlachthaus-Loh, kassierte Zellenbeiträge bei Lohmann abzuholen und an Funktionäre der Bezirksleitung in Düsseldorf abzuliefern. Von Lohmann erhielt er dann im Mai 1933 einen Betrag von 5,- RM, den er an die ihm bezeichneten Düsseldorfer Funktionäre abrechnete. Er trat dann auch im Auftrage des Assbach an die Mitangeschuldigten Bregenstroth (47) in Brügge und Mütze (51) in Vollme mit der Anweisung heran, die Kassierung bei ihnen bekannten früheren KPD-Mitgliedern innerhalb einer festen Organisation zu übernehmen und das Geld an ihn abzuliefern. Er hatte dann wiederholt Organisationstreffs mit Assbach, Textor und Mütze, auf denen Zweck und Ziele der illegalen Arbeit der KPD eingehend erörtert wurden. Von Mütze erhielt er dann von Mai bis September 1933 als Beitrag der Ortsgruppe Vollme monatlich einen Betrag von 2 - 2,50 RM, und von Bregenstroth im August und September 1933 je 1,50 RM als Ortsgruppenbeitrag der Ortsgruppe Brügge. Auch dieses Geld lieferte er an die Funktionäre der Bezirksleitung in Düsseldorf, die monatlich zur Abrechnung erschienen, ab.

Im Herbst 1933 veranlaßte er seinen Bruder Alfred, dem Arbeiter Heinrich Bohne aus Hagen, der inzwischen verstorben ist, ein Bild eines jetzigen SA-Sturmführers, das diesen noch als Mitglied der Lüdenscheider Schalmeienkapelle darstellte, zu beschaffen. Das Bild war für die Bezirksleitung der KPD in Düsseldorf bestimmt. Was diese damit bezweckte, will der Angeschuldigte nicht gewußt haben.

Zweimal übergab er dem Bohne auch 10 RM als Mitgliedsbeiträge für Lüdenscheid, die Bohne im Auftrage des in anderer Sache abgeurteilten Funktionärs Wiesner kassierte.

2. Burbach

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet. Nach seiner Schulentlassung bis zu seiner Festnahme war er in verschie-

denen Fabriken als ungelerner Arbeiter beschäftigt, jedoch wiederholt und von 1929 bis 1934 fast dauernd erwerbslos. Im Juli 1934 erhielt er durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder Arbeit und verdiente zuletzt etwa 25 RM wöchentlich.

Bis 1927 will er sich nicht politisch betätigt haben, trat aber der KPD-Ortsgruppe in Brügge bei. Von 1930 ab war er auch Mitglied der »Roten Hilfe« und kurz vor der Machtübernahme Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses in Brügge. Vom 1. März bis Mitte Mai 1933 war er im Polizeigefängnis in Lüdenscheid in Schutzhaft. Bei seiner Entlassung hatte er sich schriftlich verpflichtet, sich weiterer staatsfeindlicher Betätigung zu enthalten.

Im Oktober 1934 übernahm er dann auf Veranlassung des flüchtigen Funktionärs Assbach die Bearbeitung der illegalen KPD-Ortsgruppen Brügge, Schalksmühle und Rummenohl. Er trat auftragsgemäß an den Mitangeschuldigten Petig (46) heran und veranlaßte diesen, sich an den Mitangeschuldigten Schreff (62) in Rummenohl zu wenden. Schreff organisierte mit der Mitangeschuldigten Krämer (61) die Ortsgruppe Rummenohl-Dahlerbrück, Petig zog von ihnen die Beiträge ein und lieferte sie bis April 1935 zunächst monatlich 8 - 10 RM, später 4 - 5 RM, nach der Darstellung des Mitangeschuldigten Petig (46) etwas mehr. Burbach lieferte diese Beiträge bis Februar 1935 an den Verbindungskassierer Textor (39) ab, der ihm im Oktober 1934 von Assbach zugeführt worden war. Zweimal erhielt er auch von Hossfeld (48) über Petig 2,- RM, gab jedoch die ihm im März 1935 von Petig abgelieferten Beiträge in Höhe von 10,- RM nicht weiter, sondern verbrauchte sie für seine eigenen Bedürfnisse.

Der Angeschuldigte nahm auch im Februar und März 1935 an den beiden Funktionärssitzungen teil, die in der Wohnung des Mitangeschuldigten Wicker (10) abgehalten wurden und deren Verlauf bereits bei Raulf (1) geschildert worden ist. Nach der Darstellung des Mitangeschuldigten Raulf hat sich auch Burbach durch Fragen und Antworten an der von Kowalski angeregten Diskussion rege beteiligt.

Zu diesen Sitzungen war der Angeschuldigte hinzugezogen worden, weil er im Januar 1935 von dem flüchtigen Funktionär Assbach, der bis dahin die Funktionen des UB.-Pol.-Leiters und Kassierers ausgeübt hatte und nun wegen der ihm drohenden Gefahr flüchten wollte, zum UB.-Pol.-Leiter eingesetzt worden war. Die Funktion hat der Angeschuldigte bis zum Tage seiner Festnahme bekleidet, will jedoch eine besondere Tätigkeit nicht entfaltet haben. Ab-

gesehen von seiner Tätigkeit als Verbindungskassierer zwischen Petig und Textor, gab er aber jedenfalls 10 - 15 Exemplare der kommunistischen Druckschrift »Inprekorr«, die er von Textor erhalten hatte, zwecks Verteilung unter die Mitglieder der Ortsgruppe Rummenohl-Dahlerbrück an Petig weiter. Jedes Exemplar sollte mit 10 - 15 Pfg. bezahlt werden. Er leitete auch auf Veranlassung des Mitangeschuldigten Schreff (62) die Angliederung der Ortsgruppe Rummenohl-Dahlerbrück an den UB.-Lüdenscheid in die Wege. Nach der Darstellung des Mitangeschuldigten Hossfeld (48) verkaufte er diesem

auch im Januar oder Februar 1935 für 25 Pfg. eine Druckschrift, in der die angebliche Erschießung von 10 Arbeitern behandelt wurde.

46. Petig

Der Angeschuldigte ist verheiratet und hat 5 Kinder im Alter von etwa 5 - 16 Jahren. Er ist selbständiger Butterhändler und erzielte im letzten Monat vor seiner Festnahme einen Reingewinn in Höhe von etwa 108,- RM. Außerdem bezieht er eine Kriegsbeschädigtenrente in Höhe von 153,- RM. Im Januar 1915 wurde er zum Heeresdienst eingezogen und am 15.6.1917

in Mazedonien schwer verwundet; er verlor den rechten Unterschenkel. Zum Gefreiten befördert und mit dem E.K. II und der Bulgarischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde er am 1.8.1918 aus dem Heeresdienst entlassen.

Im Jahre 1923 wurde er Mitglied der KPD und der RGO. Im Jahre 1924 wurde er als Kandidat der KPD in die Gemeindevertretung der Landgemeinde Lüdenscheid gewählt. Er gehörte der Fürsorgekommission an. Parteifunktionen will er nicht bekleidet haben. Vom 10.3.1933 bis zum 30.6.1933 war er in Schutzhaft.

Im November 1934 trat der Mitangeschuldigte Burbach (2) mit dem Auftrag an ihn heran, auf seinen Wegen in die Kundschaft bei der Mitangeschuldigten Krämer (61) in Dahlerbrück vorzusprechen und für ihn dort Geld abzuholen. Diese hatte bis zu diesem Zeitpunkt die Beiträge der Ortsgruppe Rummenohl-Dahlerbrück nach Hagen abgeführt; Rummenohl sollte nunmehr dem UB.-Lüdenscheid angegliedert werden. Da der Angeschuldigte nicht wußte, wo die aus der sogenannten legalen Zeit bekannte Mitangeschuldigte Krämer wohnte, erklärte Burbach, daß die Krä-

5 O. Js. 384/35.

Im Namen des Deutschen Volkes !

In der Strafsache gegen

- ✓ 1) den Installateur Werner Raulf aus Lüdenscheid, Stabergerstr. Nr. 19, geb. dortselbst am 8.3.1909,
- ✓ 2) den Arbeiter Wilhelm Burbach aus Brügge i./W., Am Kamp Nr. 43, geb. am 27.9.1897 in Ferndorf b/Siegen,
- ✓ 3) den Werkzeugschlosser Walter Caspary jun. aus Lüdenscheid, Wehbergerstr. Nr. 54, geb. dortselbst am 8.5.1913,
- ✓ 4) den Arbeiter Adolf Stahl aus Lüdenscheid, Kluserstr. 16, geb. am 3.5.1897 in Salzburg, Kreis Westerwald,
- ✓ 5) den Maler und Anstreicher Theodor Schulze aus Lüdenscheid, Friesenstr. 12, geb. am 15.4.1906 in Essen,
- 6) bis 7) pp.
- ✓ 8) den Polsterer Heinrich Muth aus W.-Elberfeld, Steinstr. 10, geb. am 11.1.1903 in Elberfeld,
- ✓ 9) den Arbeiter Ernst Wüllrich aus Lüdenscheid, Schillerstr. Nr. 12, geb. am 22.10.1905 in Lüdenscheid,
- ✓ 10) den Bauarbeiter Alfred Wicker aus Lüdenscheid, Schillerstr. Nr. 13, geb. am 20.12.1903 in Kleinhammer b/Werdohl,
- ✓ 11) den Schleifer Adolf Schwarz aus Lüdenscheid, Wehbergerstr. Nr. 14, geb. dortselbst am 31.3.1901,
- ✓ 12) den Maurer Ewald Deiss aus Lüdenscheid, Wehbergerstr. 58, geb. dortselbst am 9.9.1904,
- ✓ 13) den Packer Walter Welschehold aus Lüdenscheid, Wermeker Grund 21, geb. dortselbst am 21.10.1907,
- ✓ 14) den Fabrikarbeiter Eugen Schriever aus Lüdenscheid, Wehbergerstr. 46, geb. dortselbst am 21.10.1906,
- ✓ 15) den Dreher Friedrich Söhnchen aus Lüdenscheid, Wermeker Weg 5, geb. dortselbst am 5.3.1892,
- ✓ 16) den Fabrikarbeiter Fritz Gronwald aus Lüdenscheid, Heedfelderstr. 30, geb. am 20.2.1900 in Oberrahmede,
- ✓ 17) den Arbeiter Hugo Plate aus Lüdenscheid, Mark Nr. 143, geb. dortselbst am 25.9.1882,
- ✓ 18) den Invaliden Robert Eichhoff aus Lüdenscheid, Bayernstr. Nr. 42, geb. am 31.10.1871 in Schniedsiepen b/Halver,

mer dann das Geld zu ihm - Petig - bringen werde. Der Angeschuldigte war zur Vermittlung bereit, ohne zu fragen, für welchen Zweck das Geld bestimmt sei. Er wußte aber, daß es sich nur um Beiträge für die illegale KPD handeln konnte. Das wurde ihm insbesondere klar, als ihm die Krämer nicht nur im November 1934 10,- RM, sondern im Januar 1935 sogar 21,- RM zur Weiterleitung an Burbach (2) am Bahnhof Dahlerbrück übergab.

In der Folgezeit nahm er dann noch zweimal von der Mitangeschuldigten Krämer kassierte Gelder in Empfang, und zwar im Februar 1935 5,- RM und im März 1935 11,- RM. Auch diese Beiträge führte er an Burbach ab. Nach der Darstellung der Mitangeschuldigten Burbach (2) und Krämer (61) wiederholte sich dieser Vorgang auch noch im April 1935.

Nach der Darstellung des Mitangeschuldigten Hossfeld (48) hat der Angeschuldigte noch weit früher mit der illegalen Tätigkeit, insbesondere mit der Beitragseinzahlung von früheren Genossen, begonnen. Dazu bot ihm sein Geschäft als Butterhändler, der umher reiste und seine Kundschaft aufsuchte, auch die beste Gelegenheit. Insbesondere dürfte er danach schon bald nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft die Kassierung bei auswärtigen Ortsgruppen des UB.-Lüdenscheid oder einzelnen Mitgliedern derselben, vor allem in Rummenohl und Dahlerbrück, aufgenommen haben. Das hatte Hossfeld, der bereits zwei Monate nach seiner am 15.11.1933 erfolgten Entlassung aus der Schutzhaft wieder mit der Zahlung von Beiträgen für die illegale KPD begann, schon im Januar 1934 erfahren. Hossfeld zahlte deshalb von diesem Zeitpunkt ab seine Beiträge nicht mehr an seinen bisherigen Ortsgruppenkassierer Bregenstroth (47), sondern an Petig, und zwar bis Januar 1935 monatlich 50 Pfg. Danach hat sich der Angeschuldigte schon frühzeitig auch in der Ortsgruppe Brügge betätigt.

Er befaßte sich auch in seiner Eigenschaft als Verbindungskassierer mit der Zuteilung illegaler Schriften. Im Januar 1935 erhielt er von Burbach (2) 10 - 15 Exemplare der kommunistischen Druckschrift »Inprekorr«, die 10 - 15 Pfg. je Stück kosten sollten. Er sollte die Schriften der Ortsgruppenkassiererinnen für Rummenohl-Dahlerbrück, der Mitangeschuldigten Anna Krämer (61), übergeben, will sie jedoch in die Vollme geworfen haben. Das entspricht jedoch nicht seinem sonstigen Einsatz für die KPD und erscheint daher nicht glaubhaft.

47. Bregenstroth

Der Angeschuldigte ist verheiratet, von Beruf Schmied und war von 1930 bis Januar

1933 erwerbslos. Seitdem hat er wieder Arbeit und verdiente zuletzt wöchentlich 28 - 30 RM. Im Jahre 1928 trat er der KPD und der »Roten Hilfe« bei. Außerdem war er Mitglied des Arbeiter-Samariter-Bundes. Im Jahre 1932 bekleidete er innerhalb der Ortsgruppe Brügge die Funktion des Ortsgruppenkassierers.

Unmittelbar nach der Machtübernahme, und zwar im April 1933, übernahm er auf Veranlassung des bekannten Assbach wieder die Kassierung in seiner früheren Ortsgruppe. Zunächst fand sich nur der Mitangeschuldigte Hossfeld (48) zur Zahlung der Beiträge bereit; der größte Teil der früheren Genossen war noch in Schutzhaft. Hossfeld zahlte von Juni 1933 ab monatlich 50 Pfg., und zwar nach seiner eigenen Darstellung bis Januar 1934, an Bregenstroth, nach dessen Einlassung nur bis einschließlich August 1933. Von diesem Zeitpunkt ab soll der Mitangeschuldigte Walter Eichhoff (45), der zunächst als Verbindungskassierer zwischen der Ortsgruppe Brügge und dem Unterbezirk Lüdenscheid auftrat, nicht mehr zur Abholung der Beiträge gekommen sein. An ihn will Bregenstroth nur zweimal einen Beitrag von 1,50 RM, der außer den Beiträgen des Mitangeschuldigten Hossfeld auch die eigenen Beiträge des Angeschuldigten in Höhe von 50 Pfg. enthielt, abgeführt haben. Im August 1933 will der Angeschuldigte dann gegenüber Eichhoff eine weitere Mitarbeit abgelehnt haben. Seine Erklärung steht jedoch im Widerspruch mit der bereits erwähnten Einlassung des Mitangeschuldigten Hossfeld, der bis Januar 1934 seine Beiträge an Bregenstroth abgeführt haben will.

50. Kolodziej

Der Angeschuldigte ist kinderlos verheiratet und von Beruf Mechaniker. Am 13. März 1915 meldete er sich freiwillig zum Heeresdienst, kam an die Westfront, wurde viermal verwundet und mit dem E.K. II ausgezeichnet. Er ist Kriegsbeschädigter (40 %) und bezieht eine monatliche Rente in Höhe von 21,75 RM. Infolge seiner Kriegsverletzung konnte er seinen Beruf nicht mehr ausüben und mußte als Fabrikarbeiter Beschäftigung suchen. Von 1929 bis zum 15.5.1935 war er erwerbslos, fand dann wieder Arbeit und verdiente zuletzt wöchentlich 23,- RM.

Im Jahre 1931 wurde er Mitglied der KPD, der »Roten Hilfe« und des Proletarischen Freidenkerverbandes. Durch Urteil des II. Strafsenats des Oberlandesgerichts in Hamm vom 7.12.1933 ist er wegen Vorbereitung zum Hochverrat, begangen im März 1933 durch Unterstützung des flüchtigen Funktionärs Karl Alex, zu einer Gefängnisstrafe

von 1 Jahr und 4 Monaten verurteilt worden. Waffen- und Sprengstoffvergehen, die in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat dem Angeschuldigten ebenfalls zur Last gelegt worden waren, konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Er ist nunmehr geständig, noch im März 1933 im Besitze einer 08-Pistole gewesen zu sein, die er im Jahre 1932 von Alex erhalten hatte. Ferner hatte er Ende 1932 oder Anfang 1933 ein Jagdgewehr, das der Mitangeschuldigte Hossfeld sich durch Einbruchdiebstahl verschafft hatte, zur Aufbewahrung angenommen und nach einigen Tagen an einen gewissen Brocksieper weitergegeben. Soweit hier ein Waffenvergehen in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat vom Angeschuldigten begangen sein könnte, ist die Strafklage durch die am 7.12.1933 erfolgte Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat verbraucht.

Nach Verbüßung der Vorstrafe kehrte der Angeschuldigte am 27.7.1934 nach Brügge zurück. Kurze Zeit darauf traf er mit dem Mitangeschuldigten Hossfeld (48) zusammen. Sie sprachen über die allgemeine politische Lage und über die illegale KPD insbesondere. Der Angeschuldigte erfuhr dabei von Hossfeld, daß die illegale KPD im UB.-Lüdenscheid organisatorisch weiterbesteht. Gleichzeitig wurde er von Hossfeld aufgefordert, Beiträge für die illegale KPD zu zahlen. Der Angeschuldigte sagte zu und zahlte in der Folgezeit bis Dezember 1934 monatlich als Beitrag 1,- RM an Hossfeld.

Im August und September 1934 erhielt er von Hossfeld 3 oder 4 illegale kommunistische Druckschriften, die in Form von angeblichen Presse-notizen die Lage in Deutschland und in Rußland behandelten. Er will die Zeitungen nicht bezahlt, auch nicht weiterverarbeitet, sondern verbrannt haben.

N. Ortsgruppe Werdohl-Eveking

74. Turck

Der Angeschuldigte ist verheiratet und hat 4 Kinder im Alter von 3 - 14 Jahren. Er stand bis zu seiner Festnahme dauernd in Arbeit und verdiente wöchentlich etwa 35 RM. Im Jahre 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und machte den Weltkrieg bis zu Ende mit. Orden- und Ehrenzeichen hat er nicht erhalten.

Im Jahre 1932 wurde er Mitglied der KPD.

Im Oktober 1934 wurde er von dem flüchtigen KPD-Funktionär Assbach aufgefordert, wieder etwas für die KPD zu tun und Beiträge zu zahlen. Der Angeschuldigte will mit Rücksicht auf seine Familienverhältnisse eine Beitragszah-

lung abgelehnt haben, war aber bereit, einen Außenbezirk zu übernehmen. Er wurde darauf von Assbach zum Verbindungskassierer für die Ortsgruppe Eveking eingesetzt, sollte die von dem Ortsgruppenkassierer Grieshammer (75) eingezogenen Beiträge entgegennehmen und an den UB.-Kassierer Raulf (1) abführen. Der Mitangeschuldigte Grieshammer wurde von dieser Abrede unterrichtet und gewann die Mitangeschuldigten Osterkamp (76) und Pfeiffer (77) als Mitglieder der illegalen KPD. Er zog von ihnen monatlich 1,- RM ein, legte selbst monatlich 50 Pfg. dazu und sandte dann im Januar 1935 durch einen Unbekannten dem Angeschuldigten Turck einen Betrag von 9,- RM als Mitgliedsbeiträge der Ortsgruppe Eveking zu. Bei Turck holte dann der Mitangeschuldigte Raulf das Geld ab. Im Februar 1935 erhielt der Angeschuldigte Turck durch den Mitangeschuldigten Osterkamp, der im Auftrage des Ortsgruppenkassierers Grieshammer zu der Arbeitsstelle des Angeschuldigten kam, einen Beitrag von 9,50 RM als Mitgliedsbeitrag der Ortsgruppe Eveking übermittlelt. Auch diesen Betrag holte der Mitangeschuldigte Raulf bei dem Angeschuldigten ab.

Turck sollte auch die Zustellung illegaler Druckschriften an die Ortsgruppe Eveking übermitteln. Ende 1934 erhielt er von dem UB.-Lit.-Obmann Caspary 10 kommunistische Druckschriften, die u.a. Hetzartikel über das Landjahr enthielten und 10 Pfg. je Stück kosten sollten. Im Januar 1935 bezog er von Caspary weitere 10 Druckschriften, will jedoch diese und die erste Lieferung verbrannt und sich dann im Februar 1935 von der Parteiarbeit zurückgezogen haben.

Aus der Höhe der ihm durch Grieshammer übermittelten Ortsgruppenbeiträge und aus der Zahl der ihm zur Weiterleitung an die Ortsgruppe Eveking zugestellten Schriften ist zu schließen, daß die Ortsgruppe etwa 10 Mitglieder zählte, also mehr als die bisher ermittelten.

(Turck war wohnhaft in Lüdenscheid.)

4. Die Urteile

Vom Hauptverfahren dieses Prozesses liegen in Lüdenscheid nur die Anklageschrift und die Urteile vor. Nach sieben Verhandlungstagen, am 4., 5., 6., 7., 9., 10. und 11. März 1936, wurde am 14. März 1936 im Zentralgefängnis in Werl das Urteil gesprochen. Das Gericht war folgendermaßen besetzt:

Vorsitzender: Senatspräsident Bergmann,
Oberlandesgerichtsrat Müller,
Landgerichtsrat Dr. Gerstmeyer

Landgerichtsrat Dr. Petruschke,

Amtsgerichtsrat Schönen als beisitzender Richter,
Gerichtsassessor Dr. Marx als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizbüroassistent Kaven als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.«

Die Vier ersten sind später auch wieder Richter im Prozeß gegen die Sozialdemokraten.

Im Namen des Deutschen Volkes wurden alle 75 Angeklagten, die vor Gericht standen, zu Freiheitsstrafen verurteilt. Zwei der Angeklagten waren flüchtig und konnten somit auch nicht verurteilt werden. Die Ehefrau Maria Lück aus Lüdenscheid wurde wegen Beihilfe, alle anderen wegen des Verbrechens der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens für schuldig befunden und verurteilt. Am härtesten trifft es den Mechaniker Johann Kolodziej aus Brügge (geboren 1898). Er erhält zehn Jahre Zuchthaus. Wie schon erwähnt, wurde er bereits 1933 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, so daß ihn das Gericht diesmal als Wiederholungstäter ansah. Von den Lüdenscheidern kam Maria Lück mit zehn Monaten Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungs- und Polizeihaft als verbüßt galten, am besten davon. Die Männer erhielten zum Teil hohe und höchste Strafen.

Die beiden Mitglieder des Unterbezirksvorstandes - Werner Rauf und Walter Caspary jun. - wurden zu acht Jahren bzw. sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Es erhielten die insgesamt 40 Angeklagten:

1. Kolodziej 10 Jahre - Monate Zuchthaus
2. Raulf 8 Jahre
3. Caspary, jun 7 Jahre - 5 Monate
4. Burbach 6 Jahre
5. Schwarz 5 Jahre - 6 Monate
6. Hymmen 5 Jahre
7. Textor 5 Jahre
8. Wüllrich 4 Jahre - 9 Monate
9. Schulze 4 Jahre - 6 Monate
10. Wicker 4 Jahre - 6 Monate
11. Woisyk 4 Jahre - 6 Monate
12. Petig 4 Jahre - 6 Monate
13. Plate 4 Jahre - 3 Monate
14. Dittmann 4 Jahre - 3 Monate
15. Ramm 4 Jahre - 3 Monate
16. Alfred Eichhoff 3 Jahre - 9 Monate
17. Grigat 3 Jahre - 9 Monate
18. Muth 3 Jahre - 6 Monate

19. Welscheholdt 3 Jahre - 6 Monate Zuchthaus
 20. Schriever 3 Jahre - 6 Monate
 21. Söhnchen 3 Jahre - 6 Monate
 22. Gronwald 3 Jahre - 6 Monate
 23. Kubbier 3 Jahre - 6 Monate
 24. Willi Eichhoff 3 Jahre - 6 Monate
 25. Runde 3 Jahre - 6 Monate
 26. Thomer 3 Jahre - 6 Monate
 27. Deiss 3 Jahre - 6 Monate
 28. Kramer 3 Jahre - 3 Monate
 29. Paul Lück 3 Jahre - 3 Monate
 30. Sturm 3 Jahre - 2 Monate
 31. Schneider 2 Jahre - 9 Monate
 32. Iderhoff 2 Jahre - 2 Monate
 33. Schmidt 2 Jahre - 8 Monate

34. Massalski 2 Jahre - 6 Monate
 35. Theis 2 Jahre - 6 Monate
 36. Stahl 2 Jahre - 3 Monate
 37. Walter Eichhoff 1 Jahr - 8 Monate
 38. Robert Eichhoff 2 Jahre Gefängnis
 39. Turck 1 Jahr - 9 Monate
 40. Bregenstroth 1 Jahr - 6 Monate
 41. Lohmann 1 Jahr
 42. Maria Lück 10 Monate

Die Angeklagten Werner Kowalski und Kurt Junghans waren flüchtig. Die geringere Bestrafung von Maria Lück lag an ihrer geringeren Beteiligung. Ihr Mann war von 1933 Verkäufer des Lüdenscheider KP-Organs »Kommunistischer Zeitspiegel« gewesen. Sie selbst hielt die KP-Mitgliedschaft für gefährlich und

hatte die Dimitroff-Rede verbrannt.

Das ist eine Gesamtstrafe von 148 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 7 Jahren 1 Monat Gefängnis. - Insgesamt liegen die Strafen höher, als bei den verurteilten Sozialdemokraten. Das fängt schon mit der Höchststrafe an, die in diesem Prozeß bei 10 Jahren Zuchthaus liegt, während sie in dem zweiten Prozeß gegen die SPD-Leute 5 Jahre beträgt. Nebenbei sei bemerkt, daß im Zusammenhang dieses Prozesses davon die Rede ist, daß andere KP-Leute vom Oberreichsanwalt verfolgt werden - genau wie bei den Sozialdemokraten - allerdings sind es hier mehr, was wiederum dafür spricht, daß die Verfolgung der Kommunisten schärfer und ihre Vergehen stärker geahndet wurden. Zwar war das Delikt das gleiche, nämlich die

Verbreitung von Schriften, die gegen den Staat gerichtet waren. Bei den Kommunisten wird aber wohl die Errichtung

einer neuen Organisation mitgespielt haben. Waffen hatten aber auch sie nicht, und wie diese Gruppen dem Machtapparat hätten gefährlich werden können, ist nicht ersichtlich.

Der Kopf der kommunistischen Gruppe, Karl Assbach, erhielt 1940 durch den II. Senat des Volksgerichtshofes in Berlin die höchste Strafe, die ein politische verurteilter Lüdenscheider je bekommen hat, nämlich 15 Jahre Zuchthaus.

Das Urteil wurde am 14. März 1936 um 08.30 Uhr verkündet und die sofortige Vollstreckung angeordnet.

Neben der Verhängung der Freiheitsstrafen wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, und zwar bei:

Kolodziej auf die Dauer von 10 Jahre, Raulf, Burbach, Caspary jun., Schwarz, Hymnen, Textor auf die Dauer von 5 Jahren, Alfred Eichhoff auf die Dauer von 3 Jahren.

Die Untersuchungshaft wurde angerechnet bei Robert Eichhoff und Turck mit je 10

Monaten und 1 Woche, bei Raulf, Burbach, Caspary jun., Schulze, Muth, Wüllrich, Wiker, Schwarz, Deiss, Welscheholdt, Schriever, Söhnchen, Gronwald, Plate, Alfred Eichhoff, Willi Eichhoff, Schneider, Iderhoff, Schmidt, Sturm, Woisyk, Kramer, Dittmann, Ramm, Hymnen, Thoma, Paul Lück, Textor, Petig mit 10 Monaten, bei Lohmann, Massalski, Kubbier, Theis, Runde, Grigat, Bregenstroth, Kolodziej mit 9 Monaten, bei Walter Eichhoff mit 8 Monaten und bei Stahl mit 6 Monaten.

Natürlich hatten die Verurteilten die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Insgesamt wurden in diesem Prozeß 61mal Zuchthausstrafen und 14mal Gefängnisstrafen verhängt. Die Gesamtsumme der in diesem Prozeß verhängten Zuchthausjahre beträgt 230 Jahre und acht Monate. Hinzu kommen insgesamt 25 Jahre und sechs Monate Gefängnis.

Zusätzliche Informationen zu den Aufsätzen

über die Hochverratsprozesse vor dem 4. Strafsenat des OLG Hamm im März und April 1936

Reidemeister Nr. 121, Prozeß gegen Erwin Welke und Genossen.

Als die Nr. 4 der Liste der Angeklagten wird Karl Cordt genannt. Über ihn teilten mir Bekannte mit, die Herr Cordt recht gut gekannt haben, daß er nicht Mitglied der SPD gewesen sei. Sie nahmen zu seiner Verhaftung und Verurteilung wie folgt Stellung:

»Karl Cordt hat nie einer politischen Partei angehört; er war aber zeitlebens an politischen Fragen sehr interessiert. Dies erklärt auch sein Interesse an der Info-Schrift »Sozialistische Aktion«. Aufgrund seiner christlich-katholischen Überzeugung nahm er in der katholischen Kirche am Gemeindeleben stets aktiven Anteil. So war er zur Zeit seiner

Verhaftung in der Lüdenscheider Kolpingfamilie als Schriftführer tätig. Dies ist in der Festschrift der Kolpingfamilie zum 50-jährigen Bestehen im Jahre 1935 dokumentiert.

In den letzten Kriegstagen wurde er noch zum Volksturm eingezogen und geriet in amerikanische Gefangenschaft, die er einige Zeit auf den Rheinwiesen bei Andernach verbringen mußte. Nach dem Kriege wurde er bei der Firma Busch-Jaeger Halbwerkzeug Schafsbrücke als Meister und Abteilungsleiter eingesetzt. Diese Tätigkeit übte er bis zur Pensionierung im Jahre 1972 aus. Karl Cordt verstarb am 7.7.1981.

Sein besonderer Einsatz galt in den Jahren der Bildung einer zweiten katholischen Ge-

meinde in Lüdenscheid der Arbeit im Kirchenvorstand der Pfarrei St. Joseph und Medardus. In dieser Zeit kam es zur Vervollständigung der Pfarrei Maria Königin und zum Bau einer Kirche auf dem Schättekopf.«

☆

Über Wilhelm Markus, Nr. 5 der Liste der Angeklagten in demselben Prozeß, teilte eine Nachbarin mit, daß er vor etwa drei Jahren verstorben ist und daß die Familie über die Ereignisse des Jahres 1936 nie hinweg gekommen sei.

☆

Reidemeister Nr. 124, Prozeß gegen 77 Kommunisten.

Auch auf die Veröffentli-

chung des ersten Teils des Prozesses gegen die 44 Lüdenscheider Kommunisten gab es einige Reaktionen in der Leserschaft; eine davon führte zur Bildunterschrift auf der ersten Seite dieser Ausgabe. Eine zweite verwies darauf, daß nicht alle politisch anders als die Nationalsozialisten Denkenden zugleich auch Helden waren.

So schilderte mir der ehemalige Ratskollege Rolf Vahlefeld seine Erlebnisse aus der Zeit vor und nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933. Er besuchte als junger Mann die politischen Veranstaltungen, insbesondere auch die Großveranstaltungen in der Lüdenscheider Schützenhalle, bei denen es, gelinde gesagt, häufig recht rau zuzuging. Ein sich auffällig, un-

gebärdig benehmender kommunistischer Zeitgenosse fiel ihm bei einer der Saalschlachten besonders auf. Er behielt Mann und Name in seinem Gedächtnis. - Als er Mitte der 30er Jahre nach Ostpreußen kam, meinte er im Straßenbild in einem NS-Aktivisten den früheren KP-Mann wiederzuerkennen.

Eine Klärung des Sachverhalts war ihm an Ort und Stelle nicht möglich, weshalb er sich später in Lüdenscheid an Bekannte wandte, die diesen ehemaligen Lüdenscheider ebenfalls kannten. Er erfuhr dabei, daß jenes überzeugte KPD-Mitglied tatsächlich die politische Kurve rechtzeitig bekommen hatte und nunmehr bei den Nationalsozialisten Karriere machte.

Auch solche Dinge waren natürlich Realität.

Die Einnahme Lüdenscheids durch amerikanische Truppen am 13. April 1945

Ausgelöst von dem Artikel: Aus dem Geheimbericht über die Einnahme von Lüdenscheid, den Dr. Hans-Wilhelm Vahlefeld für den Reidemeister Nr. 123 beisteuerte, hat ein damals junger Augenzeuge (ein Schulkamerad von mir) auf meine Bitte hin seine Erlebnisse über die Besetzung unserer Stadt niedergeschrieben. Er ergänzt die Darstellung der Amerikaner aus der Sicht eines Anwohners. - Es ist die Zeit nach Sonntag, dem 8. April 1945. Lüdenscheid wurde eingenommen am Freitag, dem 13. April 1945.

»Lieber Walter, wie besprochen will ich Dir meine Erlebnisse in den letzten Kriegstagen um Lüdenscheid kurz schildern. Du kennst aus eigener Erfahrung den Abmarsch der gesamten Lehrgruppe aus Detmold in den Ruhrkessel.

Unsere Einheit marschierte bis Werne an der Lippe, von hier ging es wieder zurück über Hamm Richtung Ahlen. Wir marschierten der Bahnlinie entlang, in einem Einschnitt standen plötzlich links von uns und vor uns amerikanische Panzer. Diese nahmen

uns mit ihren Kanonen aufs Korn. Von unserer ca. 250 Mann starken Einheit waren beim Sammeln nur noch 57 Mann unverletzt. Nach dem Rückzug durch die Lippe und den Lippe-Seiten-Kanal schlossen wir uns nach und nach verschiedenen Einheiten an.

Die letzte Einheit löste sich in der Nähe von Hemer auf. Wir waren noch zu 5 Mann von der alten Inspektion, dabei war auch Ernst Dossmann (heutiger Kreisheimatpfleger). Samstags kamen wir in seinem Elternhaus in Iserlohn an.

Sonntag in der Frühe bin ich dann über den Wixberg, durch Altana, die Brachtenbecke hinauf über Großendrescheid nach Lüdenscheid gegangen. Am späten Sonntagnachmittag war ich zu Hause.

Zu diesem Zeitpunkt waren 3 Soldaten auf dem Marktplatz bereits erschossen worden. Ich habe mich dann am Montag sofort auf der Standortkommandantur gemeldet, diese war in der Villa Basse in der heutigen Breslauerstraße. Da ich Lüdenscheider war, mußte ich mich beim Standortkommandanten melden,

nachdem dieser meine Papiere gesehen hatte, sagte der Oberst zu mir: »Also, auch ein Deserteur«. Da ich aber noch meine Waffen bei mir hatte, bekam ich einen Weiterleitungsschein nach Herscheid.

Bis Dienstag 24.00 Uhr mußte ich mich in Herscheid im ehemaligen RAD-Lager gemeldet haben. Dienstag gegen 22.00 Uhr meldete ich mich dann in Herscheid, der Chef der Einheit war Major Schulte. (Ein Nachbar aus der Lessingstraße und früherer Rektor der Overbergschule). Diese Einheit war bereits im Aufbruch,

ich bekam einen Stempel und ging wieder nach Lüdenscheid, mit der Auflage, mich in der Flak-Kaserne zu melden.

Beim Verlassen des Lagers schlugen hier die ersten Geschosse ein.

Am Mittwochvormittag habe ich mich dann in der Flak-Kaserne beim Adjutanten Leutnant Schmerbeck (Hermann Schmerbeck ist ein alter Lüdenscheider von der Heedfelderstr.) gemeldet.

Mir wurde die Aufstellung und die Ausbildung eines Panzervernichtungszuges befohlen. Den Unterricht an der Panzerfaust habe ich noch gemacht, dieses war auch die einzige Panzerfaust in der ganzen Kaserne.

Der Zug war ca. 20 Mann stark, ausgerüstet mit alten französischen Gewehren und je 5 - 10 Schuß Munition, ich besaß noch meinen Karabiner mit Zielfernrohr und reichlich Munition.

Am Freitag bekamen wir den Auftrag, eine Lücke an der »Verteidigungsfront« zwischen Waldschlößchen und der Ecke Westfalenstr. - Önniker Weg zu schließen. Unser Weg von der Kaserne (wir waren in den früheren Holzbaracken an der Buckesfelderstr. untergebracht) führte uns über

die Buckesfelder-, Heedfelder-, Franken-, Park- und Westfalenstraße zum Önniker Weg. Über den Önniker Weg sind wir im rechten Straßengraben hintereinander vorgegangen. Es war vollkommen ruhig und nichts zu sehen und zu hören. Auf halben Weg zwischen Gotenstr. und Teutonenstraße wurden wir dann aufgefordert (durch ein Megaphon), unsere Waffen wegzuerwerfen und rüberzukommen. Dann sahen wir die ersten Amerikaner im Eingang zum früheren Önniker-Wäldchen, 10 Mann sind dann zu den Amerikanern übergelaufen. Später habe ich erfahren (einer war von Letmathe), daß diese Gefangenen noch nach Südfrankreich gebracht wurden und erst 1946 nach Hause kamen. Wir haben uns dann im Schutz dieser Aktion bis zur Westfalenstr. zurückgezogen.

Dann haben wir auch den ersten amerikanischen Panzer gesehen, dieser kam aus Richtung Nattenberg und rollte vor bis zur Jugendherberge, blieb stehen, schwenkte den Turm und schoß im direkten Beschuß auf das rote Kreuz vom städt. Krankenhaus.

Ich habe versucht, mit meinem rechten Nachbarn Verbindung aufzunehmen, mir

war bekannt, daß für links keine Leute mehr vorhanden waren. Im Waldschlößchen traf ich auf einen Leutnant der Flak, sein Zug lag oberhalb der Pöppelsheimer Mühle. Dieser Leutnant wollte mir den Befehl geben, mit dem Rest meiner Leute zu seinen Leuten vorzustößen und die Amerikaner abzuriegeln.

Diesen Unsinn habe ich abgelehnt, zum Glück klappte noch die Telefonverbindung, nach telefonischer Rücksprache mit Leutnant Schmerbeck gab uns dieser den Befehl, nicht zu schießen und zurückzugehen. Er wollte nicht, daß durch unseren Widerstand Lüdenscheid zerstört würde. Zurück in der Westfalenstr. konnten wir die ersten Panzer auf der Kölnerstr. in Höhe der Firma Gust. Hessmert sehen.

Wir haben uns dann über die Park-, Franken-, Ludwig- und Wehbergerstraße bis zum Wehberg zurückgezogen. Ein Wachtmeister aus Münster bekam hier Zivil und eine vorläufige Bleibe. Die anderen Kameraden waren vorher schon untergetaucht.

Auf dem neuen ev. Friedhof habe ich dann meine Waffen gelassen und bin weiter über die Brücke zum alten ev. Friedhof gegangen. Von hier konnte ich in Uniform nicht

weitergehen.

Auf der Ecke Mathilden-/Lutherstr. stand ein amerik. Geschütz. Im Hause gegenüber der Kohlenhandlung Lange in der Mathildenstr. bekam ich Zivil und konnte so nach Hause (Lessingstr.) gehen.

Über die Knapperstr. rollten amerikanische Panzer in Richtung Hohe Steinert und im Radio behauptete Dr. Göbbels: »Der Werwolf wird Stadt um Stadt und Dorf um Dorf zurückerobern«.

Mit dem Wachtmeister aus Münster, der im Wehberg untergekommen war, bin ich am nächsten Tag zur Flak-Kaserne gegangen, um irgendetwas zu »organisieren«.

Wir fanden auch ein Dienstsiegel der Flak-Ersatzabtl. 39, hiermit habe ich Entlassungsscheine abgestempelt, diese wurden aber später von den Amerikanern nicht anerkannt.

Auf unseren gemeinsamen Streifzügen erfuhren wir auch von der Organisation »Werwolf« (?) in Hunscheid. Wir haben uns Hunscheid anschließend sehr vorsichtig genähert, hier hatte sich ein höherer Polizeioffizier mit Stab versteckt (angeblich aus Köln). Wir bekamen Vollverpflegung (Kornbrot und Do-

senfleisch) und gingen wieder nach Hause. Dieses haben wir noch ein- oder zweimal wiederholt. Beim letzten Mal hatten die Amerikaner das Nest ausgehoben, und wir haben uns schleunigst verdrückt.

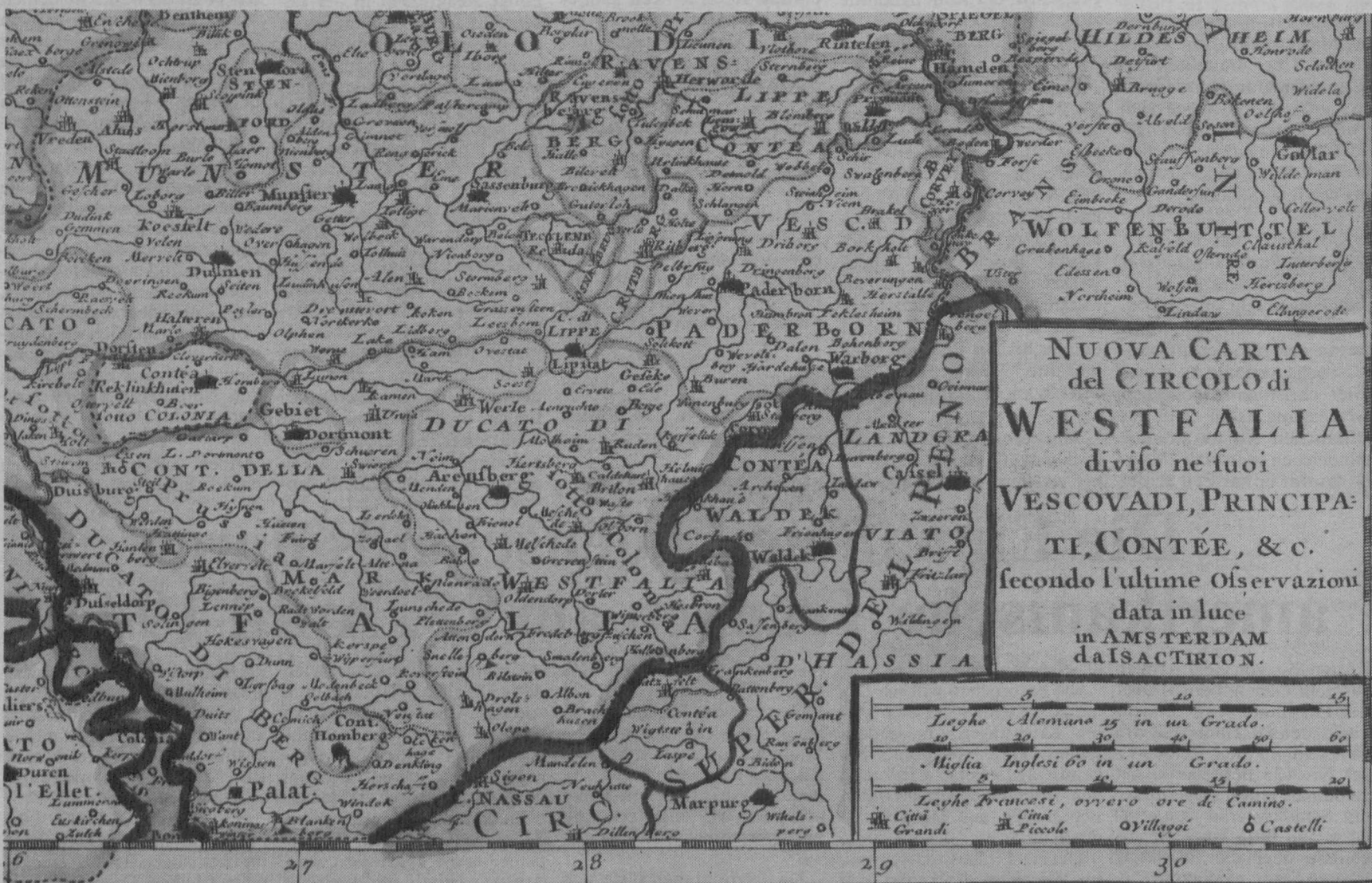
Der Wachtmeister bekam dann durch den damaligen Fahrbereitschaftsleiter Arthur Hager eine Mitfahrgelegenheit nach Münster vermittelt.

Ich selbst bin dann nach ca. 15 Tagen der Aufforderung gefolgt, nach der sich alle ehemaligen Wehrmachtsangehörigen im Amtsgericht melden sollten, hier wurde ich sofort festgehalten. Vom Amtsgericht ging es dann nach Plettenberg, dann in die Nähe von Hamm und weiter nach Herford.

Am nächsten Tag wurden wir in Viehwaggons gefeuchtet, Endstation waren die Rheinwiesen bei Büderich. Am 7.6.1945 bin ich dann mit ca. 40 weiteren Lüdenscheidern entlassen worden. Mit einem LKW brachte man uns bis vor das Lüdenscheider Rathaus.

Ich hoffe, Dir mit diesen Ausführungen gedient zu haben, und würde mich freuen, hierüber von Dir zu hören.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Bracht



Ausschnitt einer Karte von Isak Tirion, einem niederländischen Kartographen, der ab 1744 in Amsterdam einen Handatlas herausgab. Wahrscheinlich entstammt die abgebildete Karte einer italienischen Ausgabe. Abgebildet ist der Westfälische Reichskreis, zu dem auch die Grafschaft Mark gehörte. (Privatbesitz)

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein. Schriftleitung Dr. Walter Hostert.
Druck: Märkischer Zeitungsverlag